



## Liebe Leserinnen und Leser,

Grüß Gott,

anbei finden Sie unseren aktuellen Brief aus Berlin:

Am Donnerstag hat sich der Bundestag in einer Aktuellen Stunde mit den Wahlergebnissen in Thüringen auseinandergesetzt. Am 5. Februar wurde Thomas Kemmerich (FDP) dort mit den Stimmen der CDU und der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt.

Der Bundestag hat am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde die Strategie zur Vorbeugung gegen das Coronavirus in Deutschland diskutiert. Anfang Januar war bei den ersten Deutschen in Bayern das Virus entdeckt worden.

Die Abgeordneten haben in dieser Sitzungswoche auch über das Verhandlungsmandat für die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien nach dem Brexit debattiert. Die CSU im Bundestag spricht sich für eine faire und enge Partnerschaft aus.

Viel Spaß beim Lesen!

**Herzliche Grüße**

**Christian Schmidt MdB**

### Diese Woche:

AfD hat in Thüringen getäuscht und manipuliert	2
Hervorragendes Krisenmanagement beim Umgang mit dem Coronavirus	4
Neue Verhandlungsrunde zu künftigen Beziehungen mit Großbritannien	6
Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB zur Nachfolgenutzung des Marienheims in Oberzenn	8
KfW-Förderung in Stadt und Landkreis Fürth sowie Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim	9
Miteinander statt übereinander reden	11

Treten Sie mit mir in Kontakt:

Homepage: [www.christian-schmidt.de](http://www.christian-schmidt.de)

E-Mail: [christian.schmidt@bundestag.de](mailto:christian.schmidt@bundestag.de)



AKTUELLE STUNDE 14.02.2020

## AfD hat in Thüringen getäuscht und manipuliert



© picture alliance/Jens Kalaene/dpa-Zentralbild

Am Donnerstag hat sich der Bundestag in einer Aktuellen Stunde mit den Wahlereignissen in Thüringen auseinandergesetzt. Am 5. Februar wurde Thomas Kemmerich (FDP) mit den Stimmen der CDU und der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt.

„Wir können aus Thüringen Lehren ziehen, wir können diese Lehren annehmen und das alles letztlich als eine, wenn auch schmerzhaft, aber doch immerhin eine Chance nutzen“, sagte Michael Kuffer (CSU). Oder man könne es durch Rechthaberei vergeigen – ebenso durch den Versuch, daraus politischen Honig saugen zu wollen.

Thüringen zeige nicht, betonte der CSU-Innenpolitiker, dass sich Thomas Kemmerich von Extremisten wählen lassen wollte. Es zeige, dass bei der FDP für einen Moment die Versuchung größer war als die Klarheit, und das reiche dann leider bei einem solchen Manöver der AfD nicht.

„Natürlich hat die AfD in Thüringen getäuscht und manipuliert. Sie haben einen Kandidaten zur Wahl gestellt – nicht damit er gewählt wird, sondern gerade, um ihn nicht zu wählen und damit ein taktisches Spiel zu treiben“, betonte Kuffer. In Thüringen habe die AfD gezeigt, dass ihr die Täuschung näher liege als die Wahrhaftigkeit des politischen Angebots.



„Sie haben mit Herrn Höcke in Thüringen einen Mann an der Spitze ihrer Partei, der nicht nur faktisch den Holocaust leugnet, der ein Faschist ist, einen Mann, der öffentlich fordert, Maßnahmen zu ergreifen – ich zitiere –, ‚die ihrem eigentlichen moralischen Empfinden zuwiderlaufen‘“, sagte Kuffer in Richtung AfD. Wer nach dieser Aussage noch Zweifel habe, dass damit gewaltsame Maßnahmen gegen Andersdenkende insinuiert würden, der verschließe die Augen vor dem Offensichtlichen, so der CSU-Politiker weiter.

Solche politischen Vorstellungen werde die Union weiter bekämpfen, weil damit alles infrage gestellt werde, worunter Millionen von Menschen so unsagbar gelitten haben und wofür umgekehrt die Nachkriegsgeneration jahrzehntelang so hart gearbeitet haben, nämlich aus diesem größten Trümmerhaufen der Geschichte wieder dieses wunderbare Land und diese wunderbare Demokratie aufzubauen, sagte Kuffer. Selbstverständlich könne es keinen Ministerpräsidenten und keine Regierung geben, die auf einem solchen Fundament stehe, auf solchen Vorstellungen gründe.

### **Demokraten grenzen sich klar und glaubwürdig von Gewalt ab**

„Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas zu Ihrer politischen Verantwortung: Man kann nicht gleichzeitig einerseits Rechtsextremisten und Neonazis ein Angebot machen und andererseits Bürgerlichen - das schafft man nicht. Oder, umgekehrt gesagt: Man schafft es nur, wenn man brutalst täuscht, betrügt oder manipuliert“, hielt Kuffer der AfD vor. „Herr Gauland, die Haltung, mit der Sie hier immer in Ihrem Stuhl sitzen, steht symbolisch für Ihre Teilnahmslosigkeit gegenüber Leuten wie Herrn Höcke und dem Flügel und sie steht symbolisch für Ihre Teilnahmslosigkeit gegenüber diesem Parlament“, so der CSU-Innenpolitiker weiter. Ob der Flügel nun im Zentrum der AfD oder am Rand stehe, sei letztlich völlig egal. Entscheidend sei, was Gauland dagegen unternehme und ob er ihn bekämpfe. Man könne sich auch durch Unterlassen an der Demokratie versündigen, so Kuffer.

„Nun muss ich aber auch in Richtung der Linken sagen: Man ist nicht nur Demokrat, wenn man links wählt oder Die Linke unterstützt. Man kann dem Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht dienen, wenn man ihn gleichzeitig für andere Zwecke ausnutzen will“, so Kuffer in Richtung Linke. Demokrat sei man, wenn man sich klar und glaubwürdig von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung abgrenze, von Gewalt gegen Polizisten und Repräsentanten unseres Staates“, betonte der Innenpolitiker. Man werde Die Linke nicht mit dem Rechtsextremismus in einen Topf werfen. Die Union sei klar in der Einordnung, dass der Linksextremismus und der Linksterrorismus ein polizeiliches und der Rechtsextremismus darüber hinaus ein gesellschaftliches Problem sei. Man sei auch klar in der Differenzierung der verschiedenen Formen des Extremismus und im Erkennen von Faschismus. Aber eines könne nicht stark genug betont werden: Es dürfe von der Linken nicht weiter einen Beitrag zur Geschichtsleugnung der anderen Art geleistet werden - sei es vorsätzlich oder auch nur fahrlässig. „Unter dem Unrechtsregime der DDR haben so viele Menschen so sehr gelitten, sind Menschen gebrochen, Leben zerstört und auch beendet worden. Wir müssen das weiterhin klar benennen, und Sie müssen anfangen,





das klar zu benennen“, richtete sich Kuffer an die Linke. Ein Staat, in dessen Namen solche Verbrechen geschehen seien, habe keine Legitimation, er hatte nie eine, er sei ein Unrechtsstaat gewesen. Es gebe an dieser Stelle keine Unterscheidung zwischen undemokratisch und Unrecht, so Michael Kuffer.

**CORONAVIRUS** 13.02.2020

## Hervorragendes Krisenmanagement beim Umgang mit dem Coronavirus



© picture alliance/BSIP

Der Bundestag hat am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde die Strategie zur Vorbeugung gegen das Coronavirus in Deutschland diskutiert. Anfang Januar war bei den ersten Deutschen in Bayern das Virus entdeckt worden.

Beim Umgang mit dem Coronavirus in Deutschland werde eines klar: „Unsere Strukturen und Maßnahmen funktionieren und das auch im Ausnahmefall. Und dennoch bleibt es ein Kraftakt, den die Helfer vor Ort in den Bundesländern gestemmt haben und immer noch stemmen“, betonte Emmi Zeulner (CSU).

Wenn man sich mal vorstelle, dass da plötzlich die Anforderung vom Bund an den Landrat komme, man brauche sofort Unterstützung. Landrat Fritz Brechtel habe kurzfristig reagiert. „Innerhalb von kurzer Zeit wurde eine Quarantäneinfrastruktur in Gernersheim aufgebaut, 122 Rückkehrer aus China aufgenommen und versorgt“, so die Gesundheitspolitikerin. Organisiert durch die Bundeswehr. Die Kreisverwaltung



und der Landrat hätten die Verantwortung übernommen, unterstützt von 22 Helfern des Roten Kreuzes und durch einen Amtsarzt mit seinem Team.

„Der Landrat selbst beschreibt es als humanitäre Selbstverständlichkeit, den Rückkehrern zu helfen. In jedem Wort merkt man, wieviel Engagement hier vor Ort vorhanden ist und mit wieviel Herz alle Beteiligten dabei sind“, berichtete Zeulner.

### **Task Force Infektiologie in Bayern jederzeit einsatzbereit**

Deswegen sei auch in Berlin klar, dass von Bundesseite jede Unterstützung gegeben werden müsse. „Anhand des Vorgehens des Bundesgesundheitsministeriums und auch des Gesundheitsministeriums in Bayern, das als erstes Bundesland von dem Virus betroffen war, zeigt sich ein hervorragendes Krisenmanagement“, unterstrich Zeulner. Sowohl Bundesgesundheitsminister Jens Spahn wie auch die bayerische Gesundheitsministerin Melanie Huml hätten von Anfang an die richtigen Maßnahmen in die Wege geleitet, um eine Verbreitung des Virus wie in China zu verhindern.

Besonders hervorzuheben sei die Task Force Infektiologie, die in Bayern eingesetzt sei. Sie verfüge über jahrelange Erfahrung, sei jederzeit einsatzbereit und am Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) angesiedelt. Die Task Force kümmert sich unter anderem um die Identifikation und Betreuung möglicher Kontaktpersonen von Coronavirus-Fällen. Und auch das Robert-Koch-Institut unterstütze mit einem Team diese Zusammenarbeit, so die Gesundheitspolitikerin.

„Neben den kurzfristigen Maßnahmen zeigt sich aber auch in den langfristigen Maßnahmen und Ankündigungen die Stärke unseres Systems. Wir lernen aus Krisen und sind bereit, die Strukturen zu verbessern“, sagte Zeulner. Der Bundesgesundheitsminister habe bereits angekündigt, dass man im Nachgang ganz genau schauen werde, wo im Infektionsschutzgesetz nachjustiert werden müssen, um die Verantwortlichkeiten und damit auch die Lasten besser zu verteilen.



**BREXIT** 14.02.2020

## Neue Verhandlungsrunde zu künftigen Beziehungen mit Großbritannien



© picture alliance/SULUPRESS.de

Am Donnerstag haben die Abgeordneten über das Verhandlungsmandat für die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit debattiert. Die CSU im Bundestag spricht sich für eine faire und enge Partnerschaft aus.

Es sei oft so bei wichtigen historischen Ereignissen, dass man sich noch lange danach genau erinnere, was man zum jeweiligen Zeitpunkt getan hat. „Mir geht es so mit dem 23. Juni 2016, als ich abends im festen Glauben ins Bett gegangen bin, dass ich am nächsten Tag aufwachen werde und dieses Gespenst ‚Brexit‘ Geschichte sein wird, und dann am nächsten Tag aufgewacht bin und leider das Gegenteil der Fall war“, so Katrin Staffer (CSU). Viele würden sich sicherlich daran erinnern, wie groß die Angst damals gewesen sei, dass mit dem Austritt der Briten die europäische Idee vom Zusammenhalt, von der Stärke durch gemeinsames Handeln verloren gehe und auf dem Spiel stehe. „Deswegen habe ich größten Respekt davor, dass die Europäische Union in den Verhandlungen zum Austrittsabkommen Geschlossenheit und Einigkeit gezeigt hat. Obwohl der Druck groß war, haben wir uns nicht hetzen lassen, sondern sind zusammengestanden“, betonte die Europapolitikerin. Das sei gute europäische Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger innerhalb der EU.





Nun stünden die breit gefächerten Verhandlungen über die künftigen Beziehungen an. Man verhandele über die künftige Wirtschaftspartnerschaft, über die Zusammenarbeit bei innerer, bei äußerer Sicherheit, in der Verteidigungspolitik, in der Bildung, im Bereich Forschung, im Verkehr. „Ich glaube, ein ganz wesentlicher Bestandteil wird die Wirtschaftspartnerschaft sein“, sagte Staffler. Wünschenswert sei auch künftig eine sehr enge Kooperation mit Großbritannien. Damit müssten dann aber auch umfangreiche Standards verbunden sein, weil klar sei: Je enger eine Partnerschaft sei, desto strikter müsse darauf geachtet werden, dass faire Wettbewerbsbedingungen eingehalten würden. Es dürfe an dieser Stelle auch für die britischen Freunde keinen einseitigen Rabatt geben, betonte Staffler.

Das Gleiche gelte auch für den Bereich der inneren Sicherheit. Auch ein umfangreicher Informationsaustausch, eine starke operative Zusammenarbeit, wenn es um die Strafverfolgung geht sei wünschenswert. Genauso wie eine enge Anbindung an Europol. Aber auch das könne es nicht zum Nulltarif geben. „Die Voraussetzung dafür ist auch hier eine uneingeschränkte Beachtung der europäischen Standards, zum Beispiel im Bereich des Datenschutzes“, unterstrich die CSU-Politikerin.

### **EU-Austritt hat negative Auswirkungen auf den Forschungsstandort Großbritannien**

Ein weiterer Punkt sei die Zusammenarbeit mit Großbritannien als hervorragendem Wissenschaftsstandort. „Man muss aber sagen: Schon die Entscheidung für den EU-Austritt hatte gewisse negative Auswirkungen auf den Status Großbritanniens als renommierte Forschungsnation“, sagte Staffler. Der Anteil von namhaften Forschern aus Nicht-EU-Staaten, die im Rahmen von einem Horizon-2020-Stipendium ins Vereinigte Königreich gekommen waren, sei gesunken: 2015 waren es noch 515 Nicht-EU-Forscher, 2018 dann schon 200 weniger. Bei den Institutionen habe sich die Zahl sogar halbiert.

Der britische Premierminister Boris Johnson habe zwar versprochen, dass die britische Regierung mögliche Ausfälle im Wissenschaftsbereich kompensieren werde. „Aber, ehrlich gesagt, würde ich nicht darauf wetten, dass er sich daran auch noch erinnern kann“, so die CSU-Politikerin. Was wirklich weiterhelfen würde, wäre, wenn Großbritannien weiterhin an den großen Förderprogrammen wie Horizon Europe und Erasmus+ teilnehmen würde. Dazu müssten dann aber – erstens – die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme als Drittstaat vorhanden sein. Zweitens müsse ein Level Playing Field insbesondere bei den Beihilfen gewahrt werden. Und natürlich brauche es eine angemessene Beteiligung finanzieller Natur des Vereinigten Königreichs, damit das gewährleistet werden könne.

### **Interessen der Europäischen Union schützen**

„Fakt ist: Würden wir alle Verbindungen zwischen der EU und Großbritannien komplett kappen, würde nicht nur Großbritannien verlieren, sondern Gesamteuropa“, machte Staffler deutlich. Wie man so schön sage: Nach den Verhandlungen sei vor der



Verhandlung. Die künftigen Verhandlungen zum Verhältnis zwischen der EU und Großbritannien würden sicherlich nicht leichter werden, als es die Austrittsverhandlungen waren. Entscheidend sei aber: Die EU muss weiterhin Geschlossenheit zeigen. „Natürlich ist der Wunsch Großbritanniens legitim, eigene Regelungen und Standards zu setzen. Aber natürlich ist es genauso legitim, dass wir unsere Interessen als Europäische Union auch schützen“, so Staffler.

Die Zeit sei knapp. Die Verhandlungsmasse sei kaum zu bewältigen. Trotzdem müsse man Vertrauen in die EU-Verhandlungsführer haben. Wichtig sei, dass die EU auch künftig mit einer Stimme spreche. „Und vielleicht kommt es dann irgendwann wieder zu einem Tag, an dem wir sagen können: Wisst ihr eigentlich noch, was wir gemacht haben, als Großbritannien wieder Teil der Europäischen Union geworden ist“, so Katrin Staffler.

**Mittwoch 19.02.2020**

## **Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB zur Nachfolgenutzung des Marienheims in Oberzenn**

Bundesminister a.D. Christian Schmidt erklärt anlässlich des am 17. Februar 2020 stattgefundenen Pressegesprächs des Landratsamtes Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim zur Nachfolgenutzung des Marienheims in Oberzenn:

„Der Neubau des Heimes von Diakoneo in Bad Windsheim schafft moderne und zeitgemäße Pflegeplätze im Landkreis Neustadt/Aisch - Bad Windsheim. Unbeschadet dessen habe ich mich seit zwei Jahren intensiv an der Entwicklung einer Nachfolgenutzung für das Marienheim in Oberzenn beteiligt und dafür engagiert.

Als Bundesminister war ich u.a. für die Entwicklung des ländlichen Raumes verantwortlich. In dieser Eigenschaft habe ich bereits, unter Einbeziehung des Diakonischen Werkes Deutschland und dessen Präsidenten Ulrich Lille, Vorschläge für modellhafte regionale Dienstleistungsprojekte in ländlichen Regionen entwickeln lassen. In deren Mittelpunkt steht ein selbstständiges Leben älterer Menschen in einem häuslichen Wohnumfeld auch im Alter und in den verschiedenen Stufen der Pflege. Dabei stand mein Heimatort Oberzenn stets als Beispiel Pate.

Mittlerweile zeichnen sich hier erfreulicherweise gute Entwicklungen ab. Ich bin deshalb gerne bereit, in einer von Karin Winkler vorgeschlagenen Arbeitsgruppe mitzuarbeiten und zu prüfen, ob derartige Programme des Bundes für ein integriertes Oberzennener Konzept genutzt werden können.





Der Schwerpunkt in Obernzenn besteht in langer Tradition aus diakonischem und sozialem Wirken, Pflege und Betreuung für Schwächere. Das muss auch das Markenzeichen Oberznenns in der Zukunft bleiben!"

12.02.2020

## **KfW-Förderung in Stadt und Landkreis Fürth sowie Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim Bundesminister a.D. Schmidt MdB: „Über 165 Mio. Euro für Unternehmen, Kommunen und Bürger in der Region"**

„Über 165 Millionen Euro an Zuschüssen oder zinsgünstigen Finanzierungen haben Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen in Stadt und Landkreis Fürth sowie im Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim im Jahr 2019 nach deren Information von der Förderbank KfW-Bankengruppe erhalten", teilt Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB mit. „Insgesamt 54,4 Millionen Euro gingen in die Stadt Fürth, in den Landkreis Fürth 56,7 Millionen und in den Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim 55,4 Millionen", so der Bundestagsabgeordnete weiter. „Dies hilft, Wirtschafts-, Umwelt- und soziale Vorhaben von Privat zu unterstützen. Das Instrument der Förderbank mit staatlichen Beiträgen ist ein Erfolgsthema für die Bürgerinnen und Bürger. Ganz besonders freue ich mich darüber, dass das Baukindergeld eine sehr hohe Nachfrage verzeichnete. Damit haben wir Familien nach Kräften geholfen, ihren Traum vom eigenen Heim zu verwirklichen."

### **Baukindergeld**

Bundesweit wurden bis zum Jahresende 2019 rund 185.000 Förderzusagen mit einem Fördervolumen von 4 Mrd. Euro für das Baukindergeld erteilt, in ganz Bayern waren es 18.330 Zusagen. Insgesamt 614 Zusagen in einer Gesamthöhe von 13 Millionen Euro, gab es für Familien in der Stadt Fürth (132 Zusagen, 2,6 Mio. Euro), im Landkreis Fürth (239 Zusagen, 5,3 Mio. Euro) sowie im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim (243 Zusagen, 5,1 Mio. Euro).

### **Zuschüsse für Altersgerechtes Umbauen**

Viele Bürgerinnen und Bürger aus der Region konnten sich auch über Zuschüsse für Altersgerechtes Umbauen freuen. In der Stadt Fürth wurden zum Beispiel Maßnahmen zur Barriere-Reduzierung wie das Entfernen von Schwellen oder das Versetzen von Wänden und Durchgängen mit 100.000 Euro gefördert, im Landkreis Fürth gab es ebenfalls 100.000 Euro und im Landkreis Neustadt Aisch-Bad Windsheim 200.000 Euro.



„Durch die Förderung der KfW wurden unsere Kommunen und Bürger zum Beispiel bei energieeffizienten, barrierefreien und einbruchssicheren Umbau- und Sanierungsmaßnahmen unterstützt und wichtige Wachstumsimpulse für die regionale Wirtschaft gesetzt“, so Schmidt.

„Gerade unser Mittelstand und unsere Familienunternehmen, das Handwerk und die freien Berufe stehen für nachhaltiges und solides Wirtschaften. Sie sind unser

wirtschaftliches Rückgrat – für technischen Fortschritt, Investition, Ausbildung, Beschäftigung. Deshalb ist es uns ein ganz besonderes Anliegen unseren Mittelstand und das Handwerk zu unterstützen“, so Schmidt weiter. „Die KfW leistet hierzu einen wichtigen Beitrag, gerade auch für eine langfristige finanzielle Planungssicherheit der Unternehmen.“

**Alle Zahlen finden Sie auch im Förderreport 2019 der KfW unter:**

<https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Über-die-KfW/Zahlen-und-Fakten/KfW-auf-einen-Blick/Förderreport/>





10.02.2020

## **Miteinander statt übereinander reden Bundeslandwirtschaftsminister a.D. Christian Schmidt lud Landwirtschaft zum Gedankenaustausch ein**



LSV-Sprecher Andreas Forster übergibt das agrarpolitische Forderungspapier an Bundesminister a.D. Christian Schmidt, MdB

Bad Windsheim: Bauernverband, Land schafft Verbindung und weitere Organisationen sind der Einladung von Bundeslandwirtschaftsminister a.D. Christian Schmidt, MdB zum Gespräch über agrarpolitische Fragen am 7. Februar 2020 nach Bad Windsheim gefolgt.

Der Vorschlag des Sozialdemokraten und stellvertretenden EU-Kommissionspräsidenten Frans Timmermans, künftig auf Agrarexporte zu verzichten, wurde von allen Gesprächsteilnehmern unter Hinweis auf die vielen weltweiten Handelsbeziehungen abgelehnt. Solange Agrarprodukte aus der gesamten Welt in die EU und nach Deutschland kämen, könne der Lebensmittelhandel nicht auf eine Einbahnstraße reduziert werden. Dabei verwiesen die Landwirte auf das geplante Mercosur-Abkommen, das den südamerikanischen Ländern deutlich erhöhte Rindfleischeinfuhren in die EU ermöglichen soll. Bundesminister a.D. Christian Schmidt, MdB, stelle in diesem Zusammenhang klar, dass es seitens der EU keinerlei Exportsubventionen in die ärmsten Staaten der Welt mehr geben würde.

Die Bemühungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Lebensmittelhandel faire Rahmenbedingungen gegenüber den Erzeugern zu erreichen, wurde skeptisch gesehen. Schmidt verwies die Kreisobmänner des Bayerischen Bauernverbandes, Jürgen Dierauff und Peter Köninger, sowie die Sprecher von Land schafft Verbindung darauf hin, dass bei der Bündelung der Erzeugerinteressen noch Luft nach oben sei und er u.a. die Genossenschaften in der Pflicht sehen würde.





Im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen zur gemeinsamen EU-Agrarpolitik in Europa ab der Förderperiode 2021 erwarten die Landwirte Verlässlichkeit, erklärte Dieter Förster, Vorsitzender des Fleischerzeugerrings Mittelfranken. Die erste Säule, so der ehemalige Bundeslandwirtschaftsminister, werde Bestand haben. Deren Ausgestaltung sei jedoch künftig noch stärker an den unterschiedlichen Agrarstrukturen in Europa anzupassen. Wichtig sei, die Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft noch klarer aufzuzeigen, mahnte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft und Ernährung innerhalb der CSU, Gerhard Haag an.

Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches stand die geplante Verschärfung der Düngeverordnung. Die jetzt gültige Fassung wurde von Bundesminister a.D. Christian Schmidt in dessen Amtszeit nach einem intensiven Dialog mit der Landwirtschaft 2017 in Kraft gesetzt.

Ein deutliches Manko sehe er darin, dass seine Verordnung keine Chance bekam, ihre Wirkung beim Grundwasser zu entfalten. Die Kommission würde die erneuten Vorschläge der Bundesregierung für nicht ausreichend halten, obwohl Defizite bei der nach Brüssel gemeldeten Datengrundlage offensichtlich seien.

Die Landwirte, Konstantin Binder und Felix Sackenreuter und Andreas Geistmann baten Schmidt besonders bei zwei markanten Details um Unterstützung. Dies sei die Vorgabe in „roten Gebieten“ nur mehr 20 % unter dem Entzug der Pflanzen zu düngen und das Verbot der Herbsdüngung.

Die landwirtschaftlichen Organisationen wollen mit Bundesminister a.D. Christian Schmidt, MdB, im Dialog bleiben. Zu Abschluss des Gedankenaustausches übergab einer der Stellvertretenden Landessprecher von Land schafft Verbindung, Andreas Förster aus St Veit, das Forderungspapier ihrer Organisation.

#### Impressum

Herausgeber: Christian Schmidt MdB, CSU im Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin,  
Telefon: 030 / 227 71630, Fax: 030 / 227 76962  
E-Mail: christian.schmidt@bundestag.de  
Bildnachweis: Thomas Lothar (Seite 1)